

Universität: **Johannes Gutenberg-Universität (Mainz)**
Fachbereich: **Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft**
Seminar im Grundstudium: **„Vergleichende Regierungslehre“ (Aurel Croissant)**
Semester: **Wintersemester '96/'97**

Hausarbeit:

Das Parteiensystem der USA

Verfasser: **Ingo Ostwald**
Adresse (Heim - und Semesteranschrift): **Talstraße 68, 55218 Ingelheim**
Telefon: **(06132) 88206**
Studienfächer: **Mathematik und Sozialkunde (Lehramt)**
(jeweils 3. Semester)

	Seite
0. EINLEITUNG	1
<hr/>	
1. ENTWICKLUNG DES PARTEISYSTEMS	1
1.1 <u>Die Notwendigkeit der Entstehung von Parteien</u>	1
1.2 <u>Die Herausbildung der Demokratischen und der Republikanischen Partei</u>	1
1.3 <u>Politische Neu- und Umordnungsprozesse - Realignment und Dealignment</u>	
2. PROGRAMMATIK UND SOZIALE BASIS DER PARTEIEN	
2.1 <u>Programmatik der Parteien</u>	
a) <i>Demokraten und Republikaner</i>	
b) <i>Dritte Parteien</i>	
2.2 <u>Sozialstrukturelle Aspekte des Parteiwesens</u>	
2.3 <u>Bündnispolitik</u>	
a) <i>Bündnispolitik zwischen Parlament und Regierung</i>	
b) <i>Bündnispolitik innerhalb des Parlaments</i>	
3. ORGANISATIONSTRUKTUR DER PARTEIEN	
3.1 <u>Mitgliedschaft</u>	
3.2 <u>Föderalistische Struktur</u>	
3.3 <u>Parteien und Wahlen</u>	
a) <i>Kandidatennominierung</i>	
b) <i>Wahlkampffinanzierung</i>	
4. FUNKTIONEN UND ROLLE DER PARTEIEN	
5. UNTERSUCHUNG NACH DEN KRITERIEN VON SATORI	
<hr/>	
A. LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS	

0. EINLEITUNG

In dieser Hausarbeit soll das Parteiensystem der USA, als ein Teilbereich des politischen Systems der USA, untersucht werden. Auf andere Teilbereiche, wie z.B. das Wahlsystem, wird nicht weiter eingegangen.¹ Kapitel 1 soll den historischen Aspekt der Analyse des Parteiensystems beleuchten, in dem die Entstehung und Entwicklung der beiden wichtigsten und die Politik dominierenden Parteien, sowie einschneidende Veränderungen im Partegefüge dargestellt werden. In Kapitel 2 werden die Programmatik und die soziale Basis der Parteien untersucht. Aufgrund der geringen Parteienvielfalt werden auch hierbei zunächst wieder die beiden großen Parteien betrachtet, wobei insbesondere deren geringe ideologische Trennschärfe zu Rolle und Programmatik der im Anschluß untersuchten dritten Parteien überleiten und wieder zu der geringen Parteienvielfalt zurückführen soll. Thema des dritten Kapitels ist dann die Organisationsstruktur der Parteien. Hier wird auf Parteimitgliedschaft und die föderalistische Struktur, sowie auf die Rolle der Parteien bei Wahlen, insb. auf die Finanzierung des Wahlkampfes eingegangen. In Kapitel 4 werden die amerikanischen Parteien bzgl. der wesentlichen Funktionen, die Parteien in westlichen Demokratien erfüllen, untersucht. Abschließend wird in Kapitel 5 geprüft, inwiefern das Parteiensystem der USA als Zweiparteiensystem zu bezeichnen ist.

1. ENTWICKLUNG DES PARTEIENSYSTEMS

Das amerikanische Parteiensystem ist gekennzeichnet durch eine sehr geringe Parteienvielfalt, die Demokratische und die Republikanische Partei² dominieren seit ihrer Gründung die Politik der Vereinigten Staaten. Dritte, meist sehr kleiner Parteien, sind - wenn überhaupt - nur regional von Bedeutung.

¹ Zum Wahlsystem vgl. Länderbericht USA, S. 460ff.

² Im folgenden werden die Parteien kurz als „Demokraten“ und „Republikaner“ bezeichnet.

1.1 Die Notwendigkeit der Entstehung von Parteien

Die ersten Parteien entstanden im Zuge von Revolutionen im 18. Jh., wo sich Großflächenstaaten demokratisierten oder zu demokratisieren versuchten und die Selbstregierung des Volkes nur mit Hilfe von Parteien zu verwirklichen war. Vorreiter hierbei waren die USA und Frankreich. Die ersten Parteien in den USA dienten nicht nur der Artikulation und des Ausgleichs von Interessen, sondern waren auch funktional für die Zusammenführung dreizehn heterogener Staaten der Union, dienten „als Bollwerke [...] gegen [...] Provinzialismus und Separatismus“³. Im Zuge von *Jacksons* Demokratisierungs- und Antibürokratisierungskampagnen in den 1830ern, die das Ziel hatten, Amtspositionen durch Wahl zu legitimieren, bildeten sich selbstzweckhafte *Patronageparteien* heraus, die primär ihre Mitglieder und Anhänger mit öffentlichen Ämtern und Aufträgen versorgten, die also in erster Linie als „Machterwerbshohel“⁴ dienten. Zu einem Parteiwandel zugunsten der Entwicklung gesamtgesellschaftlicher Zielperspektiven und zugunsten vermehrter Programmarbeit kam es durch grundlegende Bürokratierformen und Demokratisierungstendenzen⁵, aber auch aufgrund der Zentralisierung wichtiger gesellschaftspolitischer Entscheidungen und durch wachsende Wohlfahrtsaufgaben des Staates.⁶

1.2 Die Herausbildung der Demokratischen und der Republikanischen Partei

Kurz nach der Verabschiedung der Unionsverfassung (1787) versuchte *T. Jefferson* alle Gegner der neuen bundesstaatlichen Ordnung zu bündeln und zu organisieren. Die entstandene Volksbewegung, die unter dem Namen *Republikaner* auftrat und deren Anhänger auch als *Anti-Föderalisten* bezeichnet werden, sprach sich in erster Linie für eine Stärkung der Einzelstaaten aus. Mit der Wahl *Jeffersons* zum Präsidenten begann eine fast 60 Jahre anhaltende Epoche, in der die *Anti-Föderalisten* die Politik in den USA bestimmten. In den frühen 1820er Jahren kam es zu einer Spaltung der Partei in die das rechte Parteienspektrum verkörpernde *National Republicans*, auch *Whigs* genannt, und *Democratic Republicans*, die an der

³ Länderbericht USA, S.438

⁴ Länderbericht USA, S.439

⁵ Hierzu zählen die Einführung von Vorwahlen (4.1) und gesetzliche Regelungen zur Parteifinanzierung (4.2).

⁶ Zum vorangegangenen Absatz vgl. Länderbericht USA, S.440.

anti-föderalistischen Tradition festhielten, sich schließlich unter *Jackson* durchsetzten und seitdem unter dem Namen *Demokratische Partei* auftreten. Die heutige *Republikanische Partei* bildete sich 1854 als nordstaatliche Sammlungsbewegung aus Resten der *Whigs*, der *Free Soil Party* und aus enttäuschten Demokraten in Opposition gegen die sklavereifreundliche Politik der Demokraten. In Folge der Spaltung der Demokratischen Partei gewannen die Republikaner mit einem gemäßigt reformerischen Programm 1860 unter *Lincoln* die Präsidentschafts- und Kongreßwahlen, woraufhin sich die Südstaaten von der Union ablöste, womit der von 1861 bis 1865 andauernde *Sezessionskrieg* begann.⁷ Noch lange Zeit nach diesem Bürgerkrieg, den die Nordstaaten gewannen, galten die Demokraten im Norden als Sezessionspartei, ihre Erfolge beschränkten sich auf Hochburgen in den Südstaaten. Erst 1874 errangen sie wieder eine Mehrheit im Kongreß, 1884 stellten sie mit *Cleveland* auch wieder einen Präsidenten.⁸

1.3 Politische Neu- und Umordnungsprozesse: *Realignment* und *Dealignment*

Häufig erfahren die Parteien in bestimmten Stammregionen einige Jahrzehnte lang eine kontinuierliche Unterstützung und entwickeln dabei unterschiedliche, ideologisch nicht weit voneinander entfernte Programmpositionen. In gewissen Zeitabständen kommt es jedoch zu sog. *realignments*, Machtverschiebungen im etablierten Parteigefüge, politische Neuordnungen, die die traditionellen Parteigrenzen und -programme sprengen. Solche *realignments* entstehen im wesentlichen durch sozialstrukturelle Verschiebungen, sowie durch Bewußtseinsveränderung und Wertewandel, häufig hervorgerufen durch spezifische Reaktionen auf politische Ereignisse. Beispiele hierfür sind der Vietnam-Krieg, die Watergate-Affäre und die von vielen Amerikanern als krisenhaft empfundene Wucherung der Sozialstaats. Hat sich schließlich „die Neuausrichtung der parteipolitischen Machtverhältnisse im Herrschaftssystem verfestigt, ist damit auch die traditionelle Stabilität im Zweiparteiensystem wieder eingekehrt.“⁹

Ein Beispiel für ein *realignment* ist die Entstehung der *Roosevelt*-Koalition 1933. Sie entstand nachdem zwischen 1928 und 1932 die Republikanische Administration unter *Hoover* nicht in der Lage war, die Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen, die innerhalb kurzer Zeit Mas-

⁷ Zum Bürgerkrieg vgl. Dippel, S.40ff.

⁸ vgl. Brockhaus, Band 4, S.406, Band 15, S.689 und Band 17, S.353; vgl. auch Helms, S.79f.

senarbeitslosigkeit und -elend verursachte, und setzte sich zusammen aus denjenigen, die unter der Wirtschaftskrise am meisten litten. Hierzu gehörten neben Kleinbauern und Pächtern vor allem Großstadtbewohner, (Industrie-)Arbeiter und Angestellte, so daß sich die Demokraten mit dem *New Deal* zunehmend von der ländlichen Bevölkerung ab- und der urbanen Bevölkerung der stärker industrialisierten Nordstaaten zuwandten. Der *New Deal* sicherte bis 1952 die Wahlerfolge der Demokraten und blieb noch bis 1964 ein taugliches Zielgruppenkonzept für die Partei. Als weiteres *realignment* könnte man das Abbröckeln der *Roosevelt-Koalition* und die damit verbundene Abkehr von den Demokraten bezeichnen.¹⁰

Insgesamt profitiert das System von *realignments*, denn zum einen gewährleisten sie durch den Austausch politischer Eliten Machtbalance und Herrschaftskontrolle, zum anderen kanalisieren sie gesellschaftliche Spannungen, ohne daß dies zu institutionengefährdende Auswirkungen führt. Dagegen ist ein *dealignment*, eine Wegorientierung vom bestehenden politischen System oder von Teilen dessen, als systemgefährdend einzustufen. Zeichen für ein mögliches *dealignment* lassen sich derzeit beobachten, die starke Stimmenfluktuation zwischen den Parteien und das vermehrte Stimmensplitting (d.h. der Wähler entscheidet sich bei der Präsidenten- und bei der Kongreßwahl für unterschiedliche Parteien) bei gleichzeitig sinkender Wahlbeteiligung lassen auf eine allgemeine Ungebundenheit an die traditionellen Parteien und Strukturen schließen.

2. PROGRAMMATIK UND SOZIALE BASIS DER PARTEIEN

2.1 Programmatik der Parteien

a) *Demokraten und Republikaner*

Die beiden großen Parteien, die Demokratische und die Republikanische Partei, haben keine verbindlichen Parteiprogramme. Da es, gerade aufgrund der Größe des Landes und der Parteien, unmöglich ist, „ein Programm aufzustellen, das den Interessen und Wünschen aller Regionen und Gruppen entspricht, versuchen die Parteien stets, ihre Programme so allgemein

⁹ Länderbericht USA, S.440. Zum Begriff *Zweiparteiensystem* vgl. Kapitel 5 dieser Arbeit.

¹⁰ Zu den einzelnen *realignment*-Phasen vgl. Länderbericht USA, S.441

wie möglich zu halten.“¹¹ Zwar werden Parteitage sog. *platforms* verabschiedet, diesen kommt jedoch keinerlei Verbindlichkeit zu, da sie nur den kleinsten gemeinsamen Nenner der unterschiedlichen Interessen darstellen. Traditionen und allgemeine Zielvorstellungen sind daher die einzigen, aber vagen Anhaltspunkte für ihre Programmatik. Wesentliche Differenzen finden sich lediglich „in konträren Einschätzungen einer liberalen oder restriktiven Handelspolitik und in Fragen der Wettbewerbsüberwachung [..., also] um interessenspolitische Positionen bestimmter Produzentengruppen“¹², nicht um gesellschaftliche oder ideologische Grundsatzfragen. So stellt z.B. keine der beiden großen Parteien das bürgerlich-kapitalistische System der USA in Frage. Hierfür lassen sich verschiedene Gründe finden: Zum einen machte die verfassungsmäßige Trennung von Kirche und Staat die Bildung religiöser Weltanschauungsparteien überflüssig, zum anderen hatte die Gesellschaft „im Revolutionsgeschehen ‘ständische’ Strukturen überwunden und sich dem Egalitätsprinzip verpflichtet“¹³. Darüber hinaus konnten Klassenkonflikte durch die lange Zeit nach Westen hin offene Grenze gedämpft werden. Insgesamt ist also eine Charakterisierung der Parteien nur mit geringer Trennschärfe möglich, häufig werden jedoch die Demokraten als „liberal“ und die Republikaner als „konservativ“ bezeichnet.¹⁴

Die Demokratische Partei gilt heute als Partei der Veränderung. Entgegen dem Glauben an die Selbstregulierung durch den Markt befürworten sie eine aktive „Intervention in das gesellschaftliche Gefüge, um bestimmte Ergebnisse zu erzielen“¹⁵. Die Regierung tritt demnach als maßgeblicher wirtschaftlicher Akteur auf, mit der Absicht, Privatunternehmen wie Regierungsbehörden aller Selbstverwaltungsebenen stärker der soziale Verantwortung zu unterwerfen. Maßgebliche Ziele sind die Verringerung des ökonomischen Risikos für Alte und Kranke und die soziale Chancengleichheit auch für ethnische und rassische Minderheiten. Gemäß dieser Zielsetzung brachte die Politik von *Roosevelt* in den 30er und *Johnson* in den 60er Jahren sozialstaatliche Strukturen hervor, die jedoch einheitliche Verhältnisse in den Unionsstaaten voraussetzten. Hieraus ergibt sich wiederum die Notwendigkeit einer Beschränkung der Machtbefugnisse der Unionsstaaten zugunsten einer gewissen Zentralisierung, wegen der es

¹¹ Helms, S. 84

¹² Hartmann, S.86

¹³ Länderbericht USA, S.439

¹⁴ vgl. Hartmann, S.86

¹⁵ Hartmann, S.86

im Rahmen der *New-Deal*-Politik (*Roosevelt*) und beim *Great-Society*-Programm (*Johnson*) zu Verfassungskonflikten kam.

Roosevelt und *Johnson* sind Vertreter des *Klassischen Liberalismus*, einer der zwei verschiedene liberale Strömungen innerhalb der Demokratischen Partei, die während deren Präsidentschaft, am stärksten war. Zu den Anhängern zählen vor allem die untere Mittelschicht und Arbeiter. Liberal sind Klassisch-Liberale in erster Linie bei ökonomischen Fragestellungen, bei Fragen bzgl. Gesetz und Ordnung (*law and order*), Ökologie oder der Rolle der USA in der Welt gelten sie dagegen als eher konservativ, vertreten den *American way of life*. So betonen sie z.B. die führende Rolle der USA unter den nicht-kommunistischen Staaten und befürworten eine expansive Industrieproduktion. Besonderen Respekt haben sie vor christlichen Moralgrundsätzen.

Die zweite Strömung ist der in den 60er Jahren entstandene *Neue Liberalismus*, dessen Anhängerschaft in erster Linie in der gehobenen Mittelschicht zu finden ist, insb. bei Intellektuellen und Studenten, dafür weniger bei gewerblich Tätigen. Er betont das Politische und das Kulturelle gegenüber dem Ökonomischen stärker. Die Diskriminierung rassistischer Minderheiten soll verhindert und die verfassungsmäßige und gesetzliche Gleichstellung der Geschlechter in Beruf und Privatleben erreicht werden. Auch Umwelt- und Naturschutz sind wichtige Aspekte des Neuen Liberalismus. Bzgl. der Wirtschaft fordern dessen Vertreter vor allem größere Transparenz bei Geschäftspraktiken von Banken und Unternehmen. Darüber hinaus wird der politische Rang des Militärs kritisiert und ein Interventionsverzicht der USA in der Dritten Welt gefordert.¹⁶

Auch bei den Republikanern lassen sich in Folge der *New-Deal*-Politik zwei Lager erkennen: Fundamentalistische und Gemäßigte Konservative. Die *Fundamentalistischen Konservativen*, häufig auch als *Ultrakonservative* bezeichnet, sind das traditionelle Lager der Partei. Die wichtigsten Vertreter sind *Goldwater* und *Reagan*. Vertreten werden klassisch-liberalistische Wirtschaftsprinzipien, besondere Betonung erhält der sog. *Laissez-faire*-Liberalismus, der eine Einmischung in das freie Spiel der Marktkräfte für nicht legitim hält, da zum einen der Antriebe für ökonomisch Schwächere, ihre Situation mittels entsprechend harter Arbeit und Verzicht zu verbessern, außer Kraft gesetzt wird und dies außerdem zu einer Aushöhlung der

¹⁶ Zur Programmatik der Demokraten vgl. Hartmann, S.87f. und S.96

unionsstaatlichen Autonomie führen würde. Deshalb stieß z.B. *Roosevelts New Deal* auf generelle Ablehnung.

Seit den 50er Jahren gibt es auch einen *gemäßigt konservativen* Flügel, am deutlichsten vertreten von *Eisenhower, Nixon* und *Ford*. Er befürwortet die Fortschreibung bestehender (populärer) sozialstaatlicher Einrichtungen, jedoch verbunden mit Restriktionen; so durften sozialpolitisch bedingte Haushaltsbelastungen nicht steigen; des weiteren sollte die Kontrolle der Bundesbehörden, bei gleichzeitiger Fortführung von Finanzhilfen für Unionsstaaten, verringert werden. „Chancengleichheits- und Minderheitenschutzprogramme sollten die wirtschaftliche und kulturelle Entfaltung der nicht-diskriminierten Bürger so wenig wie möglich antasten.“¹⁷ Ein charakteristisches Beispiel hierfür ist die Forderung nach einem Verbot des sog. *busing*s, der planvollen Integration von farbigen und weißen Schulkindern in gemeinsamen Klassen.¹⁸

b) *Dritte Parteien*

Da die beiden großen Parteien kaum ideologisch geprägt sind, besteht auch kein großer „Bedarf“ an ideologischen Alternativen. Aus diesem Grund besitzen die nur sporadisch auftretenden dritten Parteien eher Bewegungskarakter; meist handelt es sich um sog. *Single-Issue-Parteien*, Parteien also, die sich nur mit einem Thema oder Themenkomplex befassen und sich von den großen Parteien gewöhnlich auch nur durch eine extreme Meinung bzgl. ihres Themengebiets unterscheiden, woraus auch ihre Kurzlebigkeit resultiert.¹⁹ Dieser Fixierung auf einen Themenkomplex entsprechend verfügen dritte Parteien häufig über eine größere programmatische und personelle Homogenität als die beiden großen Parteien. Beispiele für *Single-Issue-Parteien* sind die *Farmer-Labor-Party* (Minnesota), die *Progressive Party* (Wisconsin), die *American Party* und die *Prohibitionsparlei*.²⁰

Häufig sind dritte Parteien Abspaltungen von den großen Parteien (z.B. die *States' Rights Party* oder die *Dixieland Party*), z.T. aber auch Parteien, die eine der beiden großen Parteien ablösen wollen und mitunter auch eine Veränderung des Systems anstreben. Solche Parteien

¹⁷ Hartmann, S.89

¹⁸ zur Programmatik der Republikaner vgl. Hartmann, S.88f.

¹⁹ vgl. Hartmann, S. 90 und S.109

²⁰ Dies und die folgenden Beispiele sind Hartmann, S.90 und Länderbericht USA, S.441ff. entnommen.

finden sich sowohl im linken (z.B. die *People's Party*²¹, die 1890 gegründete, einen radikalen Internationalismus vertretende *Socialist Labor Party* oder die 1919 gegründete, stark moskau-fixierte *Communist Party*) als auch im rechten Spektrum (z.B. die rechtsextreme Partei *Order of the Star Spangled Banner*, auch bekannt als *Know Nothing Party*, der *Ku-Klux-Klan*, die *American Nazi Party*, die faschistoide *John Birch Society* oder die anti-kommunistische und rassistische *Christian Crusade Organisation*). Systemfeindliche Parteien beider Richtungen konnten jedoch nie nennenswerte Erfolge verbuchen. Zwar konnten z.B. die Sozialisten bei den Präsidentenwahlen 1912 6% der Wählerstimmen auf ihren Kandidaten *Debs* vereinigen, das System wurde aber, entsprechend der Überzeugung der Gründerväter, „daß die pluralistische Struktur der Gesellschaft und die gewaltenteilige Ordnung in vertikaler und horizontaler Richtung radikale Mehrheiten mit systemsprengenden Ambitionen verhindern würden“²², nie das System gefährden.²³ Dennoch haben sie genug Anhänger, um die etablierten Parteien, die ihr Machtmonopol behaupten wollen, zu einer programmatischen Einbeziehung bestimmter Positionen zu zwingen. So setzte z.B. die 1872 gegründete Prohibitionspartei die großen Parteien so unter Druck, daß es 1919 zum 18. Verfassungszusatz kam, der vorübergehend Herstellung, Transport und Verkauf von Alkohol generell verbot.²⁴ Diese Flexibilität der großen Parteien kann als Stärke aufgefaßt werden, insofern, daß sie sich relativ schnell den Gegebenheiten anpassen (müssen), aber auch als Schwäche, „weil es nicht zur Bildung von echten, einheitlichen nationalen Parteien kommt.“²⁵ Einige Parteien verfolgen auch das Ziel, eine Wahlmännermehrheit im Electoral College zu verhindern, womit das Repräsentantenhaus das Präsidentenwahlorgan wäre, wozu es jedoch noch nie kam.²⁶

²¹ Diese vor allem in den 1880ern wichtige Partei, deren Anhänger oft auch als *Populisten* bezeichnet wurden, vertrat eine agrarreformerische, sozialistisch-nativistische und kosmopolitische Einstellung und hatte vor allem Erfolg bei Farmern im Westen und Süden, die sich vor der machtvollen Dynamik der Industriegesellschaft fürchteten. Ab der Jahrhundertwende war sie programmatisch kaum noch von Demokraten zu unterscheiden. (vgl. Länderbericht USA, S.443)

²² Länderbericht USA, S.443

²³ Trotz ihrer stärkeren programmatischen Schärfe und organisatorischen Konsistenz waren auch die linksgerichteten Parteien bedingt durch häufige Parteispaltungen, staatliche Restriktionen und anti-kommunistische Haltung der Gewerkschaften relativ erfolglos; zudem wurden Klassenkonflikte auf der Ebene gemeinsamer kapitalistischer und liberaler Überzeugung ausgespielt. (vgl. Länderbericht USA S.444f.)

²⁴ vgl. Länderbericht USA, S.441

²⁵ Helms, S.84

²⁶ vgl. Hartmann, S.109

Nicht übertragen lassen sich die obigen Feststellungen auf die Einzelstaatsebene. Hier sind dritte Parteien wesentlich erfolgreicher; aufgrund dritter Parteien, die sich über mehrere Legislaturperioden hinweg behaupten konnten, formierten sich mitunter Mehrparteiensysteme.²⁷

2.2 Sozialstrukturelle Aspekte des Parteiwesens

Trotz der in 2.1 erläuterten relativen Heterogenität innerhalb der Parteien, der programmatischen Profilschwäche und der generellen Übereinstimmung beider bezüglich des bürgerlich-kapitalistischen Systems gibt es im Partiefeld der USA sozialstrukturell-ideologische Differenzen, aufgrund derer sich (wenigstens temporär) gesellschaftspolitische Koalitionen herausbilden, welche sich auch in parteipolitischen Fronten und machtpolitischen Konstellationen niederschlagen. Diese Differenzen sind an den folgenden „Mythen“ der Parteien ablesbar: Die Republikaner sehen sich als die *Grand Old Party*, größtes Vorbild ist *Lincoln*. Die Partei vertritt die sog. *first principals*, die uramerikanischen Werte und Leitbilder wie Individualismus, Pioniergeist, Anti-Zentralismus, Anti-Bürokratismus, Familiensinn und Nachbarschaftsgeist. Ihre Anhängerschaft konzentriert sich auf sozial Bessergestellte, Oberschichten und Farmer, wichtigster Kulturkreis sind angelsächsisch-nordeuropäisch geprägten Protestanten, die vor allem die oberen Schichten dominierten. Die größten Erfolge haben sie in Kleinstädten und ländlichen Regionen, vorwiegend in den Nordstaaten. Die Demokraten gelten aus ihrer Sicht als Sammelsurium radikaler Linksgruppen, deren Wirtschafts- und Sozialpolitik verhängnisvolle Konsequenzen für das soziopolitische System der USA hat.

Die Demokraten gelten als Partei der Demokratisierung, der Freiheit und des Fortschritts. Vorbilder sind die „großen Amerikaner“ *Jefferson, Jackson, Wilson* und *Roosevelt*. Ihre Anhängerschaft setzt sich zusammen aus ökonomisch, sozial, kulturell und historisch Benachteiligten, Arbeitern, kleinen und mittleren Angestellten, Kleinbauern, Pächtern, Kleingewerbetreibenden, abhängig Beschäftigten, ökonomisch Schwächeren, Schwarzen und Hispano-Amerikanern, wichtigster Kulturkreis Katholiken, Einwanderer aus Irland, Italien und Osteuropa, die meist in unteren Schichten arbeiten. Die größten Erfolge haben sie vorwiegend in Südstaaten aufgrund des hohen Schwarzenanteils und der verarmten weißen Landbevölkerung, die sich durch den Norden ausgebeutet fühlte, in Nordstaaten beschränken sich größere

²⁷ Zur Einordnung des Parteiensystems der USA vgl. Kapitel 5 dieser Arbeit.

Erfolge auf die schwarze Stadtbevölkerung in Industriezentren und Großstädten, die zwar rechtlich nicht diskriminiert wurde, aber zu den ökonomisch Schwachen zählten. (im Süden gab es viele Vorurteile gegen Katholiken, Großstädte und Gewerkschaften) Aus der Sicht der Demokraten gelten die Republikaner als Parte des Egozentrismus, der Ellenbogengesinnung und des elitären Gehabes der oberen Zehntausend.

2.3 Bündnispolitik

In den beiden großen Parteien existiert keine einheitliche Weltanschauung unter den Repräsentantenhausmitgliedern einer Partei. So sind z.B. Südstaaten-Demokraten oft konservativ und in ihrer Weltanschauung den Republikanern recht nah. Liberale gibt es in beiden Parteien, sie sind jedoch parteiübergreifend in zwei Lager gespalten, wobei die Neuen Liberalen in der Minderheit sind. Dementsprechend gibt es keinen Fraktionszwang, zumal dieser auch nicht damit vereinbar wäre, daß die Senatoren und Abgeordneten sich für ihr Abstimmungsverhalten den Wählern in ihrem Wahlkreis gegenüber verantworten müssen. In Minnesota und Nebraska werden die Namen der Parteien nicht einmal auf den Wahlzettel genannt, die Parlamente werden als „Gesetzesorgane ohne Parteien“²⁸ beschrieben. Im Gegensatz zu den meisten europäischen Demokratien gibt es auch keine Koalitionen zwischen den Parteien, sondern parteiübergreifende Absprachen. Dementsprechend kann man auch nicht „von einer Opposition im europäischen Sinne sprechen [...]; statt von einer Oppositionspartei spricht man von einer Minderheitspartei“²⁹, Bündnispolitik geschieht somit auf Repräsentatenebene und bezüglich einzelner Sachfragen und Themenbereiche. Dies ist für die Handlungsfähigkeit der Regierung von entscheidender Bedeutung. Aufgrund der verfassungsrechtlich festgeschriebenen Trennung von Exekutive und Legislative lassen sich nämlich zwei verschiedene Machtkonstellationen zwischen Regierung und Parlament herauskristallisieren, das *party government*, bei dem der Präsident der gleichen Partei angehört wie die Mehrheit der Repräsentantenhausmitglieder, und das *split government*, bei dem Präsident und die Mehrheit der Repräsentanten unterschiedlichen Parteien angehören. So dominierten die Demokraten bis zur Ära Clinton fast immer das Repräsentantenhaus, wogegen die Parteizugehörigkeit der Präsi-

²⁸ Röder, S.268

²⁹ Helms, S.97

denten häufig alternierte; es kam also schon häufig zum *split government*. Dieses kann, muß aber nicht zwingend zu Handlungsunfähigkeit der Regierung führen. Vielmehr muß der Präsident für seine Vorschläge entsprechende Mehrheiten im Repräsentantenhaus finden, ist also auf Bündnispolitik mit den Abgeordneten angewiesen. So lehnten z.B. die Südstaaten-Demokraten die *New-Deal*-Politik und den linken Internationalismus ab und stimmten in den 80er Jahren für entsprechende Gesetzesinitiativen des Republikaners *Reagan*.³⁰

3. ORGANISATIONSSTRUKTUR DER PARTEIEN

Die Parteien der USA sind locker organisierte Verflechtungen wirtschaftlicher, sozialer und ethnischer Interessensgruppen. Es handelt sich um Koalitionen heterogener, einzelstaatlicher, lokaler Interessen, die sich im wesentlichen nur zu nationalen Wahlzeiten bündeln, also nur auf relative Dauer angelegte Gruppenkoalitionen

3.1 Mitgliedschaft

Im Gegensatz zu den Parteien in der Bundesrepublik Deutschland kennen die Parteien der USA keine organisierte Parteimitgliedschaft. Die Mitglieder müssen weder regelmäßigen Beitragspflichten nachkommen, noch gibt es formelle Aufnahme- oder Ausschlußverfahren. So konnten sich z.B. 1972 58 prominente Demokraten in der Bewegung *Democrats for Nixon* den republikanischen Kandidaten aussprechen, ohne einen Parteiausschluß wegen Unterstützung der gegnerischen Partei befürchten zu müssen. Eine Parteimitgliedschaft bedeutet eine gefühlsmäßige Bindung von Individuen und Gruppen an die jeweilige Partei. Diese Bindung kann als nicht rationalisiert betrachtet werden, da sie, entsprechend der geringen Trennschärfe zwischen den Parteien, meist nicht ideologisch oder aufgrund des Parteiprogramms fundiert ist. Parteimitgliedschaft definiert sich also über kalkulierbare Regelmäßigkeit des Abstimmungsverhaltens, gelegentliche Spendenbereitschaft und Registrierung für Vorwahlen. Parteien bestehen somit aus politischen Amtsträgern und aus politisch aktiven Bürgern, die an

³⁰ vgl. Röder, S.267f. und Hartmann, S.109ff.

parteiinternen Wahlen teilnehmen, „sind [also] weitgehend mit der Gesellschaft, in der sie operieren, verschmolzen“³¹.

3.2 Föderalistische Struktur

Die Parteien der USA sind weitgehend dezentral organisiert. Sie bestehen aus programmatisch und personalpolitisch mitunter stark divergierenden lokalen und regionalen Parteiinstanzen, in jeder Stufe (Stadt, Bezirk, Staat) in Komitees organisiert, die auf ihre Autonomie pochen. Auf Bundesebene sind die Parteien lediglich im Kongreß und in der Bundesadministration ständig vertreten. Aufgrund dieser aus der dezentralen Struktur resultierenden schwachen bundesweiten Verfestigung gibt es keine Willensbildung „von oben“, keine Parteispitze, die konkrete Leitlinien für die Politik in den unteren Ebenen vorgibt. Auf nationaler Ebene gibt es lediglich den Nationalausschuß (*National Committee*), den Bundesparteitag (*National Convention*), Wahlkampfkomitees für Kongreß- und Senatorenwahlen (*Congressional* bzw. *Senatorial Campaign Committee*) und Parteibüros, die die Parteien in Washington unterhalten.

Der Nationalausschuß setzt sich zusammen aus Vertretern der einzelnen Unionsstaaten, wobei die Stimmenzahl pro Unionsstaat bis in die 70er Jahre von der Bevölkerungszahl des Staates unabhängig war und dessen Tätigkeit im wesentlichen auf organisatorische Hilfe bei der Präsidentschaftswahl beschränkt war.

Ein Bundesparteitag tritt alle vier Jahre zusammen und dient in erster Linie der Nominierung der Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten. Außerdem werden Funktionäre auf nationaler Ebene bestellt, die *platform* verabschiedet und Entscheidungen über parteiinterne Organisationsrichtlinien getroffen.

Wahlkampfkomitees stellen finanzielle Mittel, Werbematerial und Redner für Wahlkämpfe bereit. Sie bestehen aus Kongreßabgeordneten bzw. Senatoren, die i.d.R. für zwei Jahre gewählt werden. Auch die Parteibüros in Washington sind politisch weitgehend bedeutungslos. Sie dienen lediglich der Unterstützung von Wahlkämpfen und bereiten Nationalkonvente vor, befassen sich aber weder mit politischen Inhalten noch mit Personalfragen.

Da die dezentrale Struktur als ein wesentlicher Grund für den relativ geringen Einfluß der Parteien gegenüber einzelner Kandidaten oder Amtsträger angesehen werden kann, ist seit

³¹ Hartmann, S.109, zum vorangegangenen Abschnitt vgl. Länderbericht USA, S.445f.

den 70er Jahren eine Zentralisierungstendenz zu erkennen. Bei den Republikanern gibt es z.B. seit 1977 das *Republican National Committee (RNC)*, ein nationales Organisationsgremium mit mehreren hundert professionellen Mitarbeitern und zunehmenden Geldmitteln. Die Demokraten hielten von 1974 bis 1985 jährliche kleine Parteitage (*Midterm Conventions*) ab, die jedoch die Organisationsstruktur nicht wesentlich verbesserten, sondern vielmehr parteiinterne Differenzen an die Öffentlichkeit brachten, mit der Folge, daß Parteivorsitzender *Kirk* den kleinen Parteitag 1986 nicht mehr einberief. Auch *caucuses*, Arbeitsgemeinschaften, in denen sich gesellschaftlich benachteiligte Gruppen (z.B. Frauen, Schwarze, Homosexuelle) Gehör verschaffen wollten, aber letztendlich die Demokratische Partei wie eine heterogene Minderheitenpartei aussehen ließen, wurden von *Kirk* suspendiert und durch die *Democratic Policy Commission*, eine Art Programmkommission, die gemeinsame Politikinhalte erarbeitet, ersetzt.³²

3.3 Parteien und Wahlen

a) *Kandidatennominierung*

Eine wichtige Aufgabe der Parteien ist die Nominierung von Kandidaten für Wahl des Präsidenten, der Senatoren und der Kongreßabgeordneten.

Der Präsident wird auf vier Jahre indirekt von einem vom Volk bestimmten Wahlmännerkollegium gewählt. Zur Wahl der Kandidaten für dieses Kollegium unterscheidet man zwei Wahlprinzipien, das Konventsdelegiertensystem und das Vorwahlsystem. Beim *Konventsdelegiertensystem* wählt eine von aktiven Parteianhängern in den Ortsbezirken bis hinauf zu den Kongreßdistriktsdelegiertenversammlungen reichende Delegationskette Delegierte, die in eigens hierfür geschaffenen Konventen die Parteidelegation des jeweiligen Unionsstaates für den Nationalkonvent bestimmt. Die Wahl erfolgt also parteiintern und unter Kontrolle der Funktionsträger der Partei, womit die Repräsentation der wichtigsten konstituierenden Wählergruppen gewährleistet ist. Begünstigt werden durch dieses System vor allem Kandidaten mit guten Beziehungen zu einflußreichen Politikern, wogegen Außenseiter kaum Chancen haben. Beim *Vorwahlsystem* werden die Kandidaten direkt gewählt. An Vorwahlen können

³² Zum vorangegangenen Abschnitt vgl. Länderbericht USA, S.445ff.

sich alle Bürger beteiligen, die erklären, bei der Hauptwahl den entsprechenden Kandidaten zu wählen, die konkreten Vorwahlregelungen sind in jedem Unionsstaat verschieden. Somit können die Anhänger einer Partei, also eine breite Masse der Bevölkerung, bestimmen, für welchen Kandidaten die Parteidelegierten auf dem Nationalkonvent votieren sollen.

Bis 1968 wurden rund 2/3 der Nationalkonventsdelegierten nach dem Konventsdelegiertensystem und rund 1/3 nach dem Vorwahlprinzip gewählt. Nachdem 1968 der bei den Vorwahlen erfolglose, aber unter einflußreichen Demokraten beliebte, klassisch-liberale *H. Humphrey*, die Kandidatenwahl gewann, wurde eine Kommission eingesetzt, die das Nominierungsverfahren neu ordnen sollte und auf deren Empfehlungen hin seit 1972 die Mehrheit der Delegierten per Vorwahl gewählt werden. Eine weitere Neuerung war, daß alle Kandidaten, die eine bestimmte Sperrklausel überschreiten (1972.: 1976: 15%, 1980: 25%), von den Delegierten entsprechend ihres Stimmenanteils vertreten werden. Damit wurde das bis dahin praktizierte, aus angelsächsischer Mehrheitswahltradition stammende *Winner-takes-all*-Prinzip vor der Verhältniswahl abgelöst. Der Anteil der Vorwahlen an Präsidentschaftsnominierungsprozessen stieg bis 1980 auf ca.75%. Die Folge war ein Rückgang der Berufspolitik, die einen erheblichen Machtverlust hinnehmen mußten, da für Außenseiter durch ein gutes Abschneiden bei den Vorwahlen die Chance, bundesweit bekannt zu werden und in Folge dessen auch die Spendenzuwendungen und somit auch die Chancen auf die Präsidentschaft stiegen. Die Kandidaten müssen, gerade durch den wachsenden Einfluß der Medien, nicht mehr ihre politischen Fähigkeiten und ihre Kompetenz gegenüber der Partei unter Beweis stellen, sondern benötigen telegene Persönlichkeitsattribute, Publizität, allgemeine Bekanntheit (häufig sind Kandidaten Senatoren oder Gouverneure größerer Unionsstaaten wie New York und Kalifornien), Werbespezialisten, Geld und populäre Themen. So hatten z.B. *Carter* und *Reagan* vor ihrer Präsidentschaft kein politisches Amt. Die offiziellen Parteiapparate verloren erheblich an Bedeutung, da die Kandidaten für die Vorwahl persönliche Wahlkampfapparate rekrutieren, die dann nach der Vorwahl auch den weiteren Wahlkampf organisieren. Die Parteien wirken nur noch als Kulisse zur Wählermobilisierung und als Filtermechanismus für die Kandidatenaufgebotsreduzierung.

Senatoren werden auf sechs Jahre von den Legislativen der Unionsstaaten (also über die Wahl der Legislativen indirekt vom Volk), Kongreßabgeordnete dagegen direkt und auf zwei Jahre gewählt. Die Kandidatennominierung erfolgt durch Vorwahlen und ist häufig, insb. in kleine-

ren Unionsstaaten, wenig spannend, da meist die wieder antretenden Amtsinhaber in ihrem Amt bestätigt werden.³³

b) *Wahlkampffinanzierung*

Wie in allen westlichen Demokratien ist eines der größten Probleme von Wahlen deren Finanzierung. Aufgrund der organisatorischen Schwäche und der geringen nationalen Verfestigung der Parteien ist der Wahlkampf auf allen Ebenen, d.h. von den Bürgermeister- und Gouverneurs- über Senatoren- und Kongreßabgeordneten- bis hin zu den Präsidentenwahlen, weitgehend privatisiert, die jeweiligen Kandidaten unterhalten aus eigenen Mitteln finanzierte Wahlkampfbüros. Wegen der ungleichen Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen beeinträchtigen die ständig wachsenden Wahlkampfkosten die Chancengleichheit. So betrug z.B. 1980 das Gesamtvolumen der Wahlkampfausgaben 1,2 Mrd. \$, 1990 mußte ein Bewerber um ein Mandat im Repräsentantenhaus bis zu 900 000 \$, ein Bewerber um einen Senatssitz sogar 3,5 Mio. \$ für den Wahlkampf aufbringen. Deshalb zielten zahlreiche Reformvorschläge des Bundesgesetzgebers nach der Jahrhundertwende, insb. in den 70er Jahren im Rahmen der *Watergate*-Affäre, auf die Festlegung einer Höchstgrenze für Wahlkampfausgaben. In der *primary*-Phase, der Wahlkampfphase vor der Nominierung der Präsidentschaftskandidaten, dürfen die Ausgaben der Bewerber, sofern diese Anspruch auf staatliche Zuwendungen erheben, insgesamt 10 Mio. \$ nicht überschreiten. Die Hauptwahlkampfphase wird im wesentlichen mit öffentlichen Mitteln finanziert, wobei den beiden Bewerbern der großen Parteien je 20 Mio. \$ und den anderen ein dem prozentualen Stimmenanteil bei der vorhergehenden Wahl entsprechender Betrag zustehen.³⁴ Um die Unabhängigkeit der Kandidaten zu gewährleisten wurde darüber hinaus Höchstgrenzen für Spenden festgelegt und Spenden aus dem Ausland verboten. Um größere Transparenz zu schaffen, müssen außerdem alle Geldquellen gegenüber der *Federal Election Commission*, einer sechsköpfigen prüfungs- und sanktionsberechtigten Bundeswahlkommission, offengelegt werden, wobei bei höhere Geldspenden Name, Adresse und Beruf des Spenders angegeben werden müssen. Staatliche Mittel erhalten Kandidaten dort, wo der Erhalt privater Zuwendungen oder der Einsatz eigenen Kapitals ein-

³³ Zu diesem Abschnitt vgl. Hartmann, S.102 bis 109

geschränkt oder verboten wurde. Reformbedarf besteht vor allem noch bei privaten Spendern und Spenden von Wirtschaftsverbänden, die (angeblich) für allgemeine Partei- und nicht aber für konkrete Wahlwerbung genutzt werden.³⁵

4. FUNKTIONEN UND ROLLE DER PARTEIEN

Zu einer groben Einordnung von Parteien eignet sich *T.J. Lowis* Unterscheidung zwischen *konstituiven* und *responsiven* Parteien. Konstituive Parteien wirken vorrangig auf Strukturen, Zusammensetzung und Funktionsweise des politischen Systems. Responsive Parteien fühlen sich gegenüber der Wählerschaft durch ihre Programmatik verpflichtet; Problemlösungsmuster werden aus dem System entwickelt und in Gesetze umgesetzt, wofür die Parteien bei den Wahlen um legislative Mehrheit werben.³⁶ Im Rahmen dieser Begriffsbildung sind die programmatisch schwachen Parteien der USA als konstituive Parteien anzusehen.

In westlichen Demokratien erfüllen Parteien im wesentlichen folgende vier Funktionen³⁷:

1. Parteien erfüllen die Zielfindungsfunktion, in dem sie auf der Grundlage ihrer Ideologien und Programme richtungsweisende Strategien bzgl. aktueller Probleme und Themenkomplexe entwickeln und die Bürger über Handlungsmöglichkeiten aufklären.
2. Parteien artikulieren und aggregieren gesellschaftliche Interessen, d.h. sie präsentieren diese Interessen, bündeln sie und nehmen entsprechenden Einfluß auf die Willensbildung der zentralen Herrschaftsorgane.
3. Parteien mobilisieren und sozialisieren die Bürger, versuchen also politische Aktivität und Partizipation zu fördern und entsprechende Identifikationsmuster politischer Einstellungen zu schaffen.
4. Parteien erfüllen die Elitenrekrutierungs- und Regierungsfunktion, in dem sie Führungs-, Regierungs-, und Verwaltungspotential zur Verfügung stellen und so die Personalauslese für die meisten politischen Ämter monopolisieren.

³⁴ Um eventuellen Mißbrauch zu verhindern, müssen die Kandidaten mind. 5% der Stimmen erhalten. Kandidaten, die zum ersten Mal antreten, können den Zuschuß erst nachträglich beantragen.

³⁵ vgl. Wehling, S.88f. und Länderbericht USA, S. 467f.

³⁶ vgl. Länderbericht USA, S.449

³⁷ vgl. Länderbericht USA, S.449; dort wird verwiesen auf: Klaus von Beyme, Parteien in westlichen Demokratien, München 1984, S.25

Wichtigste Funktion US-amerikanischer Parteien ist die der Elitenrekrutierung und Regierungsbildung, also die „Herrschaftsbestellungsfunktion“³⁸, sie dienen in erster Linie der Kandidatenauslese für politische Ämter. Die Mobilisierung und Sozialisierung der Bürger wird insofern wahrgenommen, als die Parteien integrativ wirken, indem sie die ethnische und soziale Fragmentierung der Gesellschaft überwinden und nationale Loyalitäten ins Blickfeld rücken; so sind z.B. maßgeblich an der Organisation und Durchführung der Präsidentschaftswahlen beteiligt. In Verbindung damit werden auch gesellschaftliche Interessen artikuliert und aggregiert. Besonders stark festzustellen war dies bei dem mit der *New-Deal*-Politik verbundenen Kampf um soziale Gerechtigkeit. Die Zielfindungsfunktion wurde dagegen aufgrund der organisatorischen Schwäche und der mangelnden programmatischen Schärfe meist vernachlässigt, die Parteien traten nie primär als Programminnovatoren auf.³⁹

Über diese wesentlichen Funktionen hinaus gewährleisteten die Parteien Effizienz des politischen Systems, indem sie die strikte Institutionentrennung (z.B. zwischen Parlament und Präsident) ausgleichen.⁴⁰

Als sehr problematisch angesehen werden kann der sinkende Einfluß der Parteien, für den zahlreiche Anzeichen gibt. So spielen die Parteien in Wahlkämpfen eine immer geringere Rolle. Zum einen stellt die schwache Programmatik keinerlei Verbindlichkeit für die Kandidaten dar, zum anderen können die Parteien durch die Ausweitung des Vorwahlsystems die Kandidatenauswahl immer weniger beeinflussen. Dementsprechend ist auch der Wahlkampf stark personenbezogen, die *primary*-Phase des Wahlkampfes finanzieren die Kandidaten weitgehend selbst, in der Hauptwahlkampfphase erhalten sie staatliche Mittel, so daß sie nicht von ihrer Partei abhängig sind. Somit ist die Rolle der Parteien im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß im politischen Institutionenbereich nur noch sehr gering.

Über diese auf der diffusen Struktur der Parteien basierenden Problematik hinaus, trägt auch das Wählerverhalten zu einer Schwächung des Parteiensystems bei. Die wachsende Zahl von Wechselwählern und die sehr geringe Wahlbeteiligung⁴¹ signalisiert eine abnehmende Parteiidentifikation mit der Folge zunehmendem Unbehagens mit politischen Institutionen. So sa-

³⁸ Länderbericht USA, S.439

³⁹ vgl. Länderbericht USA, S.449

⁴⁰ Zu Institutionentrennung und Gewaltenteilung vgl. Kremp, S.71ff.

⁴¹ Die Wahlbeteiligung bei Präsidentschaftswahlen liegt nur noch zwischen 50 und 60%, bei Kongreßwahlen im gleichen Jahr bei ca. 40%, bei Zwischenwahlen sogar unter 35%.

5. EIN KLASSISCHES ZWEIPARTEIENSYSTEM?

Satori nennt folgende vier wesentliche Kriterien für ein Zweiparteiensystem:⁴³

1. Zwei relevante Parteien konkurrieren um die absolute Mehrheit der Parlamentssitze.
2. Eine Partei erhält die absolute Mehrheit der Sitze.
3. Eine Partei regiert alleine und ist dabei nicht auf Koalitionen angewiesen.
4. Ein Machtwechsel ist eine mögliche und wahrscheinliche Aussicht.

Die Existenz dritter Parteien in den USA stehen nicht im Widerspruch zu diesen Kriterien, da diese zu schwach sind, um eine absolute Mehrheit der Sitze für eine der beiden großen Parteien zu machen. Zu bedenken ist jedoch, daß, auch wenn dritte Parteien nicht selbst im Parlament vertreten sind, im Wahlkampf mitunter Teile ihrer Programmatik in die der großen Parteien integriert werden und sie somit auf die Regierungsarbeit im Vorfeld Einfluß üben. Darüber hinaus ist fraglich, ob das Kriterium der Alleinregierung einer Partei noch erfüllt ist, wenn die Regierung auf ein aufgrund des zunehmenden Trends zum Stimmensplitting oppositionell dominiertes Parlament angewiesen ist (*split government*). Auch bei der Möglichkeit zum Machtwechsel sind einige Abstriche zu machen; die Besetzung des Präsidentenamts alterniert zwar häufig zwischen den beiden großen Parteien, nicht aber die Sitzverteilung im Kongreß, die im Laufe der Geschichte deutlich von den Demokraten dominiert wurde.⁴⁴ Insgesamt läßt sich also sagen, daß die USA zwar ein Zweiparteiensystem besitzen, dieses jedoch nicht als idealtypisch zu bezeichnen ist. Ein Vergleich mit anderen Parteiensystemen wird durch die strukturelle und programmatische Schwäche der Parteien erschwert, die sich in dieser Form in kaum einer anderen westlichen Demokratie finden läßt.

⁴³ vgl. Satori 1976, S.185-195, insb. S.188

⁴⁴ Ein möglicher Grund hierfür ist, daß die Amtserfahrung eines Abgeordneten den Neueinstieg eines Konkurrenten in den Kongreß erschwert.

hen sich 1964 noch 79% der Wahlberechtigten als erklärte Parteianhänger, 1988 waren es nur noch 64%, während gleichzeitig das Engagement in *Single-Issue*-Bewegungen zunahm. Darüber hinaus ist auch ein Trend zum *ticket-splitting* (d.h. der Wähler wählt für Kongreß und Präsidentschaft Kandidaten unterschiedlicher Parteien) zu beobachten: Während es im 19. Jh. noch praktisch unbekannt war, entschieden sich 1948 schon 38%, in den 1980er Jahren sogar rund 2/3 für das *ticket-splitting*. Auch dieser Trend läßt auf mangelnde Identifikation mit den Traditionsparteien schließen und darüber hinaus Blockadesituationen immer wahrscheinlicher werden.⁴² Reformvorschläge zur Rekonsolidierung der Parteien müssen vor allem auf eine Straffung der Organisationsstruktur und eine stärkere Gewichtung der Programmatik gegenüber der Kandidaten zielen, um dem Wähler einen besseren Überblick über grundlegende Ziele zu verschaffen. Dies und eine Vereinheitlichung der Wahlregelung könnten die Wahlbeteiligung erhöhen. Bzgl. der Kandidatennominierung wäre es sicherlich sinnvoll, die Hälfte der Kandidaten über Vorwahlen, die andere Hälfte von den Parteien zu bestimmen. Dies würde sowohl die Mitbestimmungsmöglichkeit der Wähler, als auch den Einfluß der Parteien wahren und gleichzeitig den Einfluß der Massenmedien bei Vorwahlen schwächen.

⁴² vgl. Länderbericht USA, S.469ff.; bzgl. der im Text genannten Zahlen wird dort verwiesen auf: James MacGregor Burns u.a., *Government by the people*, Englewood Cliffs 1987, S. 234 und 235.

A. LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

Hartmann, Jürgen: Politik und Gesellschaft in Japan, USA, Westeuropa: ein einführender Vergleich.
Frankfurt a.M./ New York, S.86-126

zitiert als: Hartmann

Wasser, Hartmut 1992: Die politischen Parteien.
In: Adams, Paul Willi u.a. (Hrsg.): Länderbericht USA, Band I, S.438-459

zitiert als: Länderbericht USA

Wasser, Hartmut 1992: Wahlen.
In: Adams, Paul Willi u.a. (Hrsg.): Länderbericht USA, Band I, S.438-459

zitiert als: Länderbericht USA

Dippel, Horst: Die amerikanische Geschichte im Abriß.
In: Wasser, Hartmut (Hrsg.): USA, Politik-Gesellschaft-Wirtschaft, Opladen 1991, S.33-67

zitiert als: Dippel

Kremp, Werner: Politische Institutionen einst und jetzt. Die lebende Verfassung.
In: Wasser, Hartmut (Hrsg.): USA, Politik-Gesellschaft-Wirtschaft, Opladen 1991, S.69-89

zitiert als: Kremp

Wehling, Hans-Georg u.a.: USA, Sonderausgabe für das Landeszentralen für politische Bildung,
Stuttgart 1980

zitiert als: Wehling

Helms, Erwin: Vereinigte Staaten von Amerika, Heft 1, Hannover 1969

zitiert als: Helms

Röder, Karl-Heinz (Hrsg.): Das politische System der USA, Geschichte und Gegenwart.
3. überarbeitete und ergänzte Auflage, Köln 1987

zitiert als: Röder

Satori, Giovanni: Competitive Systems, in: Ders.: Parties and Party-Systems. A Framework for
Analysis, Cambridge 1976

zitiert als: Satori

Brockhaus Enzyklopädie in zwanzig Bänden, siebzehnte völlig neubearbeitete Auflage des großen
Brockhaus,

Vierter Band, CHOD-DOL, Wiesbaden 1968

zitiert als: Brockhaus, Band 4

Fünfte Band, POR-RIS, Wiesbaden 1972

zitiert als: Brockhaus, Band 15

Siebte Band, SCHR-STAL, Wiesbaden 1973

zitiert als: Brockhaus, Band 17